

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinerale kosten pro Seite 25 Pf. — Gehaltsinserate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Biemelhauer Straße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Glaube an die Menschheit.

Einst kommt die Zeit, die alle Nationen zu einem Volk, dem Volk der Erde, eint; Die Völkerzwietracht wird der Mensch entthronen, Weil er sein Menschentum nicht mehr verneint.

Der Tod verläßt die Schlünde der Kanonen, Die Grenze schwindet und mit ihr der Feind, In lichten Höhen wird die Menschheit wohnen, Weil ewig dann die Friedenssonne scheint.

Einst kommt die Zeit, verkündet von Propheten, Nach der sich längst die ganze Menschheit sehnt Und die die Welt mit ihrem Glanz verschönt.

Das Wort wird wahr: „Du hast kein Recht zu töten!“ — Kommt einst die Zeit, die Volk mit Volk veröhnt, Dann hat die Menschheit selber sich gekrönt.

Bochum.

Viktor Rallnowski.

Ein demokratisches Programm.

Unter dem Titel „Geschichte, Verfassung und Verwaltung des Gewerkschaftsvereins christl. Bergarbeiter“ hat der 1. Gewerkschaftsvorstand, S. Vogel, eine Broschüre herausgegeben. Sie ist uns noch nicht zugegangen; wir lesen aber von ihr im „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften, es handle sich um eine Schrift, die „ein besonderes Interesse“ verdiene. Wenn wir denn weiter im „Zentralblatt“ lesen, wie das Schlußwort der Broschüre besagen ist, so müssen wir allerdings zugeben, daß diese Ausführungen recht bemerkenswert sind. Bemerkenswert, weil wir solche programmatischen Sätze eine Reihe von Jahren vor dem Kriege nicht mehr in der offiziellen gewerkschaftlichen Literatur lasen. Bemerkenswert aber auch, daß der Verfasser dieser Sätze ist.

Das „Zentralblatt“ erklärt: „Das Kräftige Schlußwort der Schrift zeigt, daß die Leitung des Gewerkschaftsvereins ihre Arbeit den veränderten Verhältnissen anpassen und möglichst viel für die Arbeiter heraus schlagen will.“ Dies Schlußwort aber besagt nach dem „Zentralblatt“ „in der Haupt-“

„Gewaltige Sorgen und Arbeiten, aber auch große Erfolge erwarten uns nach dem Kriege. Es gilt, die Verschlechterungen zu beseitigen, die der Krieg breiten Schichten des Volkes, besonders uns Bergarbeitern gebracht hat. Die Preisbildung für die notwendigen und unentbehrlichsten Lebensmittel der breiten Schichten des arbeitenden Volkes (Brot, Kartoffeln, Milch und Fleisch) und die Verteilung der durch den Krieg gewaltig gesteigerten Steuerlasten auf die einzelnen Volksschichten erfordern soeben unsere gespannteste Aufmerksamkeit.“

Es liegt im Bereich der Möglichkeit, daß zukünftig bei der Beschaffung, der Verteilung und der Preisbildung der unentbehrlichsten Lebensmittel der breiten arbeitenden Volksmassen die Städte- und Gemeindeverwaltungen oder größere Verbände derselben, hervorragend beteiligt sind. Wir würden eine solche Entwicklung freudig begrüßen, damit dem elckhaften Wucher und der wilden Preispolitik sowie dem Ausleben des unerhörten und gemeingefährlichen Spekulantentums auf diesem Gebiete für immer ein Ende bereitet wird. Dann wären wir selbstverständlich auch ungemein interessiert an der Zusammenfassung der Städte und Kommunalverwaltungen. Es kann uns nicht einerlei sein, ob dort die Interessen des Händlertums, der Großindustriellen, der Großgrundbesitzer oder der Boden- und Häuserspekulanten einseitig auf Kosten der breiten, arbeitenden Volksschichten gepflegt und wahrgenommen werden. Wir haben ein Interesse daran, daß ein freigeitliches Kommunalwahlrecht geschaffen wird, das eine ausreichende Vertretung der breiten arbeitenden Volksschichten ermöglicht und die Preispolitik für die unentbehrlichsten Lebensmittel und die Wohnungen der unteren Volksschichten zu deren Gunsten, soweit wie möglich, vorteilhaft beeinflusst.

Wir haben aber auch das denkbar größte Interesse daran, wie zukünftig die durch den Krieg ungeheuer angewachsenen Steuerlasten auf die einzelnen Bevölkerungsschichten verteilt werden. Es ist sicherlich im Interesse der breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung, besonders in den großen Industriestädten, gelegen, daß der Peit, beginn das Vermögen (besonders der mühsam erworbene Reichtum) in viel größerem Maße als bisher zu den Steuerlasten herangezogen wird. Es darf zukünftig nicht in ungerechten Verhältnissen die Hauptsteuerlast in Form von Staatsmonopolen und indirekten Steuern den breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung, besonders den Industriearbeitern, aufgeschult werden. Da aber die Steuern in den Parlamenten gemacht werden, haben wir infolgedessen ein großes Interesse an einem freigeitlichen Wahlrecht zu den deutschen Parlamenten, damit der Einfluß der breiten Arbeitermassen der Industrieh Bevölkerung und der Industriestädte dort zur Geltung kommt, und ihre wichtigsten Interessen und Bedürfnisse auch ausreichend befriedigt werden, was bisher keineswegs der Fall gewesen ist. Wenn infolge eines solchen freigeitlichen Wahlrechts Abgeordnete in großer Zahl gewählt werden, die den berechtigten Wünschen der Arbeitermassen in der Industrie und in den Industriestädten, sowohl in der Steuerpolitik als auch in der Preispolitik für Lebensmittel und Wohnungen sowie in der Sozialpolitik Rechnung tragen, dann erst können wir hoffen, den Ertrag und die Höhe des Arbeitslohnes für uns und unsere Familien voll auszunutzen, was bisher unmöglich gewesen ist.“

Das ist in der Tat ein kräftiges Schlußwort. Auch auf die Gefahr hin, den Verfasser zu „kompromittieren“, sagen wir, daß wir uns mit seinem demokratischen Gewerkschaftsprogramm einverstanden erklären. Kein Wunder, denn so wie er haben wir schon seit vielen Jahren den Gewerkschaften auch die Aufgabe gestellt, auf die wirtschaftspolitischen Beschlüsse der Parlamente richtunggebenden Einfluß zu nehmen. Wir haben wer weiß wie oft dargelegt, daß Zoll- und Steuerfragen auch Lohnfragen sind. Wenn eine Berufsorganisation eine anständige Lohnerhöhung erreicht hat und dann wird durch eine neue Pestenerung des Konsums oder des Einkommens schließlich dem Arbeiter die Lohnerhöhung oder gar mehr als dies genommen, so war die Gewerkschaftsarbeit vergeblich.

Der Reichschatzsekretär hat eine kolossale steuerliche Mehrbelastung des deutschen Volkes als Kriegsfolge angekündigt. Fallen die neuen Steuern so aus, wie auch der Verfasser des vorgezeichneten Schlußwortes augenscheinlich befürchtet, dann kann von einer gerechten Steuererteilung keine Rede sein. Um das zu verhindern, dürfen die Gewerkschaften nicht die Zoll- und Steuerfragen als „nichtgewerkschaftliche Angelegenheiten“ behandeln, sondern müssen ihren Einfluß für eine gerechte Besteuerung geltend machen.

Wie das zu machen ist, sagt Vogelgang deutlich genug: Beeinflussung der Parlamente, also Wahl von solchen Abgeordneten, die sich auf das demokratische Gewerkschaftsprogramm verpflichten. Er fordert konsequent ein „freigeitliches Kommunalwahlrecht“ und betont mit Recht: „an einem freigeitlichen Wahlrecht zu den deutschen Parlamenten“ hätten wir ein großes Interesse“. Vogelgang fordert also auch als Gewerkschaftler eine Demokratisierung unserer öffentlichen Einrichtungen!

Ob er spezielle Vorschläge zur Erreichung dieses Zieles macht, wissen wir nicht, da, wie gefagt, uns die Broschüre noch nicht vorliegt. Es genügt aber vorerst, daß der 1. Vorsitzende des größten christlichen Gewerkschaftsvereins in einer programmatischen, offiziellen Schrift die Erklärung abgibt, die wichtigsten Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterbevölkerung seien unter der Herrschaft der jetzt geltenden Landtags- und Kommunalwahlrechte, „bisher keineswegs“ ausreichend gewahrt worden. Soll das anders werden, so gehört dazu der feste Wille der Gewerkschaften aller Richtungen, sich bei den kommenden innerpolitischen Entscheidungen nicht als flüchtiges Rad am Wagen behandeln zu lassen.

Im krassen Gegensatz zu dem demokratischen Programm des christlichen Gewerkschaftsvorstandes bemühen sich gerade jetzt die leitenden konservativen, liberalen und großkapitalistischen Zeitungen um den Beweis, daß Deutschland so ziemlich das „freigeitlichste Land der Welt“ sei und nach dem Kriege alles beim alten bleiben müsse. Die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 11) behauptet sogar, das Parlamentarischwahlrecht in England sei „kaum besser“ als das — preussische Landtagswahlrecht! Auch wenn das der Fall wäre, was kümmert es uns Deutsche? Unter welchen wenig volkstümlichen Wahlrechten wir in Staat und Gemeinde leben, darüber kann nun die „Kölnische Volkszeitung“ sich auch aus der Broschüre Vogelgangs unterrichten, wenn sie — wie es scheint — nicht mehr wissen sollte, was sie früher selbst über dies Thema schon sehr abfällig geäußert hat.

Es ist kein Zufall, sondern erklärt sich aus den wenig rosigen Zukunftsaussichten der unbesitzenden Masse, daß der 1. Vorsitzende des christlichen Bergarbeitergewerkschaftsvereins mit Nachdruck eine gerechtere Verteilung fordert und fast gleichzeitig die „Kölnische Volkszeitung“ förmlich „heißungrig“ (so schreibt die „Frankf. Ztg.“) für einen „bürgerlichen Steuerblock“ Stimmung macht, der unter Ausschaltung der Sozialdemokratie die kommenden großen Steuererhöhungen soll. Was dabei herauskommen würde, das läßt auch Vogelgang durchblicken: eine Wiederholung und kolossale Verschärfung einer Steuererhebung, die wieder „die Hauptsteuerlast den breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung“ aufhakt!

Zu dieser besonderen Massenbelastung will die „Kölnische Volkszeitung“ die bekannte Abspaltung der 20 Sozialdemokraten bei der letzten Kriegskreditbewilligung „heißungrig“ ausnutzen. Es geht um die Wurst, d. h. um den Schutz der großen Geldbeutel und da hofft die „Kölnische Volkszeitung“, die sozialdemokratische Abspaltung werde sich fortsetzen, erweitern, so daß man recht bald wieder offen von den „vaterlandslosen Gesellen“ reden kann, mit denen ein „wahrer Patriot nichts gemein hat“. Man kennt das Lied noch, man weiß auch, wie der „bürgerliche Steuerblock“ die erhoffte Situation ausmünzen würde.

Wir haben hier nicht zu richten über die Abspaltung innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Unseren Standpunkt: Einig sein gegen die auswärtigen Feinde haben wir nicht zu ändern. Aber wer nun beobachtet, mit welcher layenden Begier die Freunde des „bürgerlichen Steuerblocks“ auf den Zeitpunkt warten, wo die alte, sinnbetreffende Melodei von den „vaterlandslosen Gesellen“ wieder bei der Schaffung von ungerechten Steuererhöhungen und bei der Ablehnung aller innerpolitischen Reformen, deren ein neues Deutschland bedarf, vertwertet werden kann, der weiß auch, was er als Parteipolitiker zu tun hat. Nicht die geringste Neuorientierung im Rahmen unserer staatlichen und kommunalen Gemeinwesen tritt ein, wenn die Arbeiterbewegung zerrissen und zersplittert wird.

Wir sollen aus der Tatsache, daß nun auch von hervorragender Seite aus dem gewerkschaftlichen Lager ungeschieden eine Demokratisierung unserer öffentlichen Einrichtungen gefordert, und zwar mit Recht im vaterländischen Interesse gefordert wird, lernen, wie tief die Sehnsucht nach einem freigeitlicheren Deutschland in der Arbeitermasse lebt. Und wir sollen als gewerkschaftliche Praktiker wissen, daß wir diese Sehnsucht nicht befriedigen können durch weitere Kräftezersplitterung, sondern durch standhafte Einigkeit, durch kameradschaftliches Zusammenarbeiten im Interesse des Volkswohls.

Staatsmacht und freie Organisationen.

Unsere privatkapitalistische Wirtschaftsordnung beruht auf Selbstsucht, d. h. im allgemeinen befreit niemand ein Geschäft, Gewerbe, Unternehmen usw., um der Gesamtheit zu nützen, sondern nur des eigenen Vorteils wegen. Nur darum räubert alles, weil alles auf Räuberei eingestellt ist und folglich alles räubern muß. Welche großen Gefahren darin für die Gesamtheit liegen, das haben uns die bösen Erfahrungen während dieser Kriegszeit besonders drastisch gezeigt. Was unseren äußeren Feinden nicht gelang, Deutschland auszuhungern, wäre

der wirtschaftlichen Selbstsucht, wenn auch unbewußt und ungewollt gelungen, wenn die Staatsmacht nicht eingegriffen hätte. Solchen Gefahren kann sich aber kein Staatswesen zum zweiten Male aussetzen und es müssen darum Mittel und Wege gefunden werden, um die notwendigen Sicherheiten zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sich Staatsmacht und freie Organisationen ergänzen. In einem bemerkenswerten Artikel unter vorstehender Ueberschrift schreibt dazu die „Metallarbeiter-Ztg.“:

„Seitdem vor mehr als 100 Jahren Wilhelm v. Humboldt sein Aufschen erregendes Buch über „Die Grenzen des Staates“ schrieb, hat sich die Auffassung über die Aufgaben und die Tätigkeit des Staates von Grund auf geändert. Während man damals die staatliche Wirksamkeit auf ein möglichst enges Gebiet begrenzen wollte, werden heute dem Staate immer neue Aufgaben gestellt. Schon vor dem Kriege wurde allgemein der Standpunkt vertreten, daß der Staat die Befugnis haben müsse, ordnend und regelnd in das Wirtschaftsleben einzugreifen. Die sozialpolitische Tätigkeit des Staates, die einstmal bekämpft wurde, wird heute als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, und es geht eine starke Strömung dahin, das Feld der Sozialpolitik immer weiter auszubauen. Allen Unkenrufen zum Trotz, die unseren wirtschaftlichen Niedergang vorhergesagt, nimmt der sozialpolitische Kurs, wenn auch mit Unterbrechungen und Stockungen, seinen Fortgang. Besonders aber hat sich während des Krieges das Bestreben bemerkbar gemacht, den Staatsorganismus zum Träger unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens zu machen. Die öffentliche Meinung ruft laut und lauter nach der starken Hand des Staates und fordert ein kräftiges Eingreifen in die bisherige freie wirtschaftliche Tätigkeit. Der Staat soll überall nach dem Rechte sehen und er soll selbst vor den kräftigsten Eingriffen in das Eigentumsrecht und das freie Verfügungsrecht der einzelnen nicht zurückweichen, wenn es sich um das Wohl der Gesamtheit handelt. Ohne Bedenken räumt man ihm die Befugnis ein, das Gebiet der Gütererzeugung und Güterverteilung zu regeln, indem er Verbrauchsgütergegenstände beschlagnahmt, Höchstpreise festsetzt, Verkaufsbedingungen vorgeschreibt und Art und Maß des Verkehrs bestimmt. Es klingt wie ein Märchen aus dem Zukunftsstaat, wenn wir die zahllosen Verordnungen des Bundesrats und der verschiedenen Behörden lesen, mit denen sie unsere wirtschaftliche Freiheit eingen. Der sozialdemokratische Zukunftsstaat, so erzählte man den Leuten früher, wird die freie Bedarfsbestimmung beseitigen und jedem sein Stück Brot in den Mund zählen. Heute sind wir wirklich so weit, und die Bevölkerung nimmt diese Freiheitsbeschränkungen mit Gelassenheit hin, ja, sie fordert den Staat auf, noch immer fester zuzupacken. Es ist wohl unbestreitbar: wenn der Staat, ohne eine Miene zu beziehen, Landwirtschaft, Viehzucht, Bergbau und die anderen Wirtschaftszweige in eigenen Betrieb nehmen würde, falls er es könnte, wenn er es fertig brächte, die Verteilung der Nahrungs- und Lebensmittel selbst zu besorgen, die übergroße Mehrheit würde dies für eine richtige Maßregel erklären. Und nicht nur während des Krieges findet ein solcher Staatssozialismus Beifall, es werden bereits gewichtige Stimmen laut, die die Verbeibehaltung derartiger Verfahren auch für die Zeit nach dem Kriege fordern. Der Gedanke der Staatsallmacht beherrscht in unseren Tagen die Köpfe; der Staat soll alles machen und er kann alles machen, von seinem Eingreifen erwartet man die Gesundung unseres Volkes und die Erhaltung unserer Volkskraft.“

Daß eine solche Auffassung gerade keine Schmeichelei ist für unsere unter dem Banner der Freiheit wirtschaftende kapitalistische Gesellschaft, braucht wohl nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Tatsächlich hat der Kapitalismus den Erwartungen nicht entsprochen, die seine Lobredner auf ihn gesetzt hatten. Er hat allerdings in technischer Beziehung Großartiges geleistet, aber es ist ihm nicht gelungen, das Wirtschaftsleben mit sozialem Geiste zu erfüllen. Nicht einmal in den schwersten Kriegsjahren hat er es fertiggebracht, den Lebensmittelmuchern und Spekulanten aller Art Galt zu gebieten, im Gegenteile, er hat es ruhig mit angesehen, wie die Masse des Volkes von rücksichtslosen Profitjägern ausgebeutet wurde. Da ist es denn kein Wunder, daß breite Volksschichten nach dem Staate rufen, damit er die kapitalistische Raubtierfreiheit beschneide. Sie wollen lieber ein gerütteltes Maß von Zwang mit in den Kauf nehmen, als daß sie Bewegungsfreiheit haben und dabei Peit leiden. Darum pfeifen sie auf die kapitalistische Freiheit und fordern den staatlichen Zwang. Allerdings fragen sie hierbei nicht, ob der Staat denn auch tatsächlich imstande ist, die ihm gestellten Aufgaben in befriedigender Weise zu lösen. Offenbar ist dies eine sehr wichtige Frage, von deren Beantwortung sehr viel abhängt. Die Beantwortung dieser Frage ist notwendig, damit wir uns keinen unerfüllbaren Hoffnungen hingeben.

Sobald man diesen Gegenstand von der Wirklichkeit aus betrachtet, bemerkt man zunächst, daß es gewisse Gebiete gibt, auf denen die Tätigkeit des Staates naturgemäß verjagen muß, und zwar sind dies die Gebiete, die das Innere des Menschen betreffen. Die Erziehung der Menschen zum Gemeinheitsgeist und zur gesellschaftlichen Pflichtenlehre, die Pflege der Kunst und der Geselligkeit, wie überhaupt alle Tätigkeiten, die sich auf das Innenleben des Menschen beziehen, fallen aus dem Rahmen der staatlichen Wirksamkeit heraus. Aber auch auf manchen anderen Gebieten ist die Macht des Staates begrenzt, weil es ihm an den erforderlichen Leistungen für eine gedeihliche Tätigkeit fehlt. In der Vorstellung ist der Staat eine überragende Persönlichkeit, deren Macht und Ansehen sich jeder beugen muß, in Wirklichkeit aber ist er eine Maschine, die aus Menschen mit menschlichen Fehlern und Gebrechen besteht. Seine ausführenden Vertreter sind Beamte, deren Begabung, Vorbildung und Pflichttreue sehr verschiedenartig ist und nicht selten manches zu wünschen übrig läßt, und deshalb kann er selbst beim besten Willen vieles nicht leisten, was man von ihm verlangt. Dies hat uns die bisherige Kriegszeit zur Genüge bewiesen und auch die Zukunft wird uns dies beweisen. Man sollte deswegen an den Staat keine Anforderungen stellen, denen er nicht nachkommen kann, und man sollte ihm keine Portwürfe machen, die er nicht verdient. Unser wirtschaftliches Leben in der Gegenwart ist so verwickelt und so vielfältig, es ist auch so unübersichtlich, und verwickelt, daß die staatliche Verwaltung heute und in absehbarer Zeit dieses weite Gebiet unmöglich beherrschen kann. Für einen Wirtschaftskundigen ist also eine Untersuchung über

die Grenzen der Staatsmacht auch heute noch eine unabwiesbare Notwendigkeit.

Unlücklicherweise gibt es in den Kulturstaaten wirtschaftliche und soziale Gebilde, die jene Arbeiten zu leisten vermögen, denen der Staat nicht gewachsen ist.

Aber nicht nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus ist es notwendig, daß sich ein inniges Verhältnis anbahnt zwischen dem Staate als der größten Organisation und den verschiedenen zu besonderen Zwecken gegründeten Organisationen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Konkurse in den Jahren 1906 bis 1915.

Ueber die Konkursverfahren in Deutschland in den Jahren 1906 bis 1915 veröffentlicht die "Frankfurter Zeitung" (Nr. 3) folgende Zusammenstellung:

Table with 6 columns: Jahr, 1. Viertel, 2. Viertel, 3. Viertel, 4. Viertel, Ganzes Jahr. Rows show data from 1906 to 1915.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich zunächst die überraschende Tatsache, daß die Zahl der Konkurse in dem Hochkonjunkturjahr 1907 höher war, als in dem Hochkonjunkturjahr 1913.

Werden, als es in der Hauptsache durch die bei Kriegsbeginn geschaffene Einrichtung der Geschäftsaufsicht zur Anwendung der Konkursordnung durch die Wirkung dieser Vorkehrung einer inneren Gesundung zugeführt worden sein.

Gründungen und Kapitalerhöhungen im Jahre 1915.

Wenn die Gründungstätigkeit in Deutschland sich während des Krieges auch bedeutend verringert hat, so ist sie doch keineswegs ganz zum Stillstand gekommen.

Table with 3 columns: Vierteljahr, W. u. V. D., W. u. S. D. Rows show quarterly and annual data for 1915.

Die meisten der neu errichteten Gesellschaften dienen Zwecken, die in irgend einer Weise mit dem Kriege zusammenhängen.

Table with 3 columns: Vierteljahr, W. u. V. D., W. u. S. D. Rows show quarterly and annual data for 1914 and 1915.

Namentlich die Zahlen der letzten Vierteljahre 1914 und 1915 zeigen, wie sehr im letzten Jahre die Geschäftslust sich gegen das vorangegangene wieder gehoben hat.

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Bundesratsverordnung betr. Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Der Reichsanzeiger vom 30. Dezember 1915 veröffentlicht folgende Verordnung des Bundesrats über die Anrechnung von Militärdienstleistungen und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

§ 1. Während des gegenwärtigen Krieges in deutschen oder österreichisch-ungarischen Diensten zurückgelegte Militärdienstleistungen (§ 1308 Abs. 1 Nr. 1 und 2 der Reichsversicherungsordnung) werden berücksichtigt, deren Anwartschaft aufrecht erhalten ist oder gemäß dieser Verordnung aufrechterhalten wird.

§ 2. Soweit während des gegenwärtigen Krieges die Beitragsleistung zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung infolge von Maßnahmen feindlicher Staaten gehindert ist, dürfen für Verdienste deutscher und österreichisch-ungarischer Staatsangehörigkeit Beiträge, deren Entziehung wegen Ablaufs der in den §§ 1442, 1443, 1444 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Fristen unzulässig sein.

§ 3. Für Versicherte, die während des gegenwärtigen Krieges in deutschen oder österreichisch-ungarischen Diensten militärische Dienstleistungen verrichten, dürfen Beiträge, die bei dem Beginn der Dienstleistungen noch wirksam nachentrichtet werden konnten, wenn sie sich um freiwillige Beiträge handelt, in dem nach § 2 Abs. 1, wenn es sich um freiwillige Beiträge handelt, in dem nach § 2 Abs. 1 und 2 zulässigen Umfang nachentrichtet werden.

§ 4. Die Versicherung nach § 20 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung läuft bei rückständigen Pflichtbeiträgen nicht vor dem Zeitpunkt ab, bis zu dem sie gemäß den §§ 2, 8 nachentrichtet werden dürfen.

§ 5. Die Nachentrichtung freiwilliger Beiträge gemäß § 2 Abs. 2 und 3 und § 3 ist nur in der ersten oder zweiten Lohnklasse zulässig. Bezüglich der Einrichtung höherer als der gesetzlichen Beiträge für Zeiten versicherungspflichtiger Beschäftigung verbleibt es bei den bestehenden Vorschriften.

§ 6. Beiträge, welche für die nach § 1 anrechnungsfähigen Militärdienstleistungen zur Fortsetzung der Selbstversicherung oder zur Weiterverrentung geleistet worden sind, werden dem Versicherten ohne Zinsen erstattet, wenn dies bis zu dem im § 2 Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt beantragt wird.

§ 7. Die Vorschriften des § 1420 Satz 2 der Reichsversicherungsordnung sind den Versicherten in den Fällen der §§ 2, 3 nicht entgegen, wenn der Umkreis der Quittungsstärke bis zu dem im § 2 Abs. 1 angegebenen Zeitpunkt nachgeholt wird.

§ 8. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1914 in Kraft.

Soweit ihre Vorschriften hiernach anzuwenden sind, bildet ihre Nichtanwendung auch dann einen Rechtsgrund (§ 1007 der Reichsversicherungsordnung), wenn das Oberversicherungsamt sie noch nicht anwenden konnte.

Soweit vor ihrem Inkrafttreten Ansprüche rechtskräftig abgewiesen worden sind, während sie nach Maßgabe der Vorschriften dieser Verordnung begründet sein würden, bildet die Nichtanwendung dieser Vorschriften einen Grund zur Wiederaufnahme des Verfahrens im Sinne der §§ 1722 ff. der Reichsversicherungsordnung.

Familienunterstützung neben Hinterbliebenenrente.

Durch Gesetz vom 30. September 1915 ist bestimmt, daß die Familienunterstützungen allgemein für drei Monate über den Zeitpunkt hinaus weiter zu gewähren sind, von dem an die Hinterbliebenenrente auf Grund des Gesetzes vom 17. Mai 1907 zu zahlenden Hinterbliebenenbezüge aufhören.

Im Besonderen hinsichtlich zu vermeiden, hat der Minister des Innern v. Loebl im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsanwalt bestimmt, daß das Gesetz auf alle noch der Entscheidung unterliegenden Fälle anzuwenden ist und somit die Familienunterstützungen in allen diesen Fällen für volle drei Monate neben der Hinterbliebenenrente zu belassen, die etwa darüber hinaus gezahlten Familienunterstützungen aber von den Hinterbliebenenbezügen einzubehalten sind.

In gleicher Weise ist auch hinsichtlich der Mindestsätze der Familienunterstützungen gegenüber den Militärsoldatenrenten zu verfahren. Während es nach den bisherigen Vorschriften den Versicherungsverbänden überlassen werden konnte, die über die Mindestsätze hinaus gewährten Familienunterstützungen ohne zeitliche Beschränkung auf die Hinterbliebenenbezüge in Anrechnung zu bringen, ist dies nach der durch das Gesetz vom 30. September 1915 erfolgten Änderung des § 10 des Familienunterstützungsgesetzes nicht mehr möglich.

§ 10 des Familienunterstützungsgesetzes nicht mehr möglich. Denn es steht nicht mehr eine freiwillige Leistung neben der Gewährung der Hinterbliebenenbezüge in Frage, über deren Weiterzahlung während eines Zeitraumes von zwei Monaten derjenige endgültig befinden konnte, dem die bewilligte Familienunterstützung endgültig zur Last fällt, sondern es ist an deren Stelle eine gesetzliche Verpflichtung zur Nebenabergewährung von Familienunterstützungen und Hinterbliebenenbezügen getreten. Die Familienunterstützungen müssen deshalb in ihrer ganzen Höhe, in der sie bewilligt waren, weiter gewährt und können als einheitliche Leistung nicht mehr in Mindestsätze und Zusatzunterstützungen zerlegt werden.

Zur Reform der Berginspektion.

Ueber die Schlagwetterexplosion auf Zechen in Holland bringt der "Kompas" (Nr. 1 vom 5. Januar 1916) folgenden amtlichen Bericht:

Der Blinde.

Er geht durch die Straßen mit starrem Gesicht, Seine Hände greifen ins Mittagslicht. Die toten Augen ins Leere gesenkt, Geht er und laßt sich vorwärts und denkt: „Manch einer, der Leib und Leben gab, Hat nicht so dunkel wie ich ein Grab.“

Der Metallarbeiter mit der magnetischen Hand.

Von Richard Woldt.

Nach dem Kriege werden wir uns an manchen Anblick in unseren industriellen Arbeitsjahren gewöhnen müssen!

Da werden zum Beispiel Männer wiederkehren, die jung und arbeitsfähig als Metallarbeiter Schraubstock und Maschine verlassen haben; brauchen haben sie eine Hand verloren - wohin mit ihnen? Sie stehen bei den Türen der Fabriken ihrer bisherigen Branche und verlangen Einlaß. Arbeit und Verdienst muß ihnen gegeben werden, es ist eine politische und sozialpolitische Frage, den industriellen Kriegskriegeln wieder in das Getriebe der Arbeitswirtschaft einzufügen.

Außerdem wird auf diesem Gebiet der Techniker mit dem Arzt zusammengehen müssen. Wir haben schon darüber berichtet, wie in Schmelzwerken daran gearbeitet wird, Ersatzglieder aus Stahl und Eisen zu konstruieren, die als Werkzeuge dem Arbeiter ein gewisses Maß von Arbeitsfähigkeit wiedergeben sollen.

ist deshalb verwendbar für alle Arbeiter, die mit eisernen Werkzeugen oder mit eisernen Werkstücken zu tun haben.

Ein Schloffer mit einem solchen Hilfsglied würde so arbeiten: Der Stecker seines Magnetens wird an seinem Arbeitsplatz in die nächste Steckdose der elektrischen Leitung eingeführt. Die magnetische Hand hat jetzt durch den elektrischen Strom die notwendige Kraftzufuhr erhalten. Die Spitze der Feile wird an den Magnetens angelehnt und hebt fest. Die Feilbewegung vollzieht sich, weil der Magnet gegenüber der Stulpe im übrigen noch frei beweglich ist, genau in der gleichen Weise wie beim gesunden Arm.

Wenn der Arbeiter ein Tischler ist und zu hobeln hat, wird der Hobel mit einer kleinen Eisenplatte versehen und es läßt sich nun das Werkzeug (nach dem Bericht des Professors Klingenberg) genau so handhaben wie jeder andere Hobel. „Der Stanger an der Stanzmaschine kann die auszuführenden Eisenbleche genau so gut, vielleicht besser beschreiben als mit einer gesunden Hand, da er die Bleche an der glatten Oberfläche zu greifen vermag. Der Drehschiff an der Drehbank läßt sich mit der magnetischen Hand halten, während mit der gesunden Hand der Gatter festgespannt wird. Werkzeuge, die nicht aus Eisen bestehen, lassen sich durch Anbringung eiserner Platten oft leicht so gestalten, daß auch sie gehalten werden können. Durch Einsetzen von Topfmagneten verschiedener Größe läßt sich die Klebkraft fast beliebig abtufen.“

Aber Klingenberg denkt nicht nur an einfache Bewegungen, er befürwortet die Konstruktion auch zur elektromagnetischen Betätigung künstlicher Gliedmaßen.

Handelt es sich darum, die Bewegung des Oberarmes gegen den künstlichen Unterarm für die Ausübung einer bestimmten Tätigkeit von Zeit zu Zeit festzustellen und wieder zu lösen, so will Klingenberg nur magnetische Kuppelung verwenden; der Kriegskämpfer braucht also mit seinem gesunden Arm und Hand den Schalter zu betätigen und der künstliche Unterarm macht eine bestimmt eingestellte mechanische Bewegung.

Auch andere Greifbewegungen, zum Beispiel eine zangenartige Schließbewegung, lassen sich ohne Schwierigkeiten ausführen, selbst die feine Schließung einer Binzette soll auf elektromagnetischem Wege zu erzielen sein. Der vorliegende Bericht spricht sogar davon, die Greifbewegung künstlicher Finger elektromagnetisch vorzugeben; durch einen Submagneten wird die Schließbewegung der vier Finger durch einen anderen die Schließbewegung des Daumens zu bewirken gesucht.

Durch Verwendung der Elektrizität kann eben dem bestimmten Glied in einfacher Weise eine beliebig einstellbare Hilfskraft zugeführt werden, die, an die Stelle der verlorenen Muskeln tretend, nicht nur Bewegungen einzuleiten erlaubt, sondern auch ziemlich große Kräfte auszuüben gestattet. Die Elektrizität ist hierfür besser geeignet als irgend ein anderes Kraftübertragungsmittel, zum Beispiel Druckluft, weil sie in vielen Orten zur Verfügung steht und mit kleinen, nicht viel Raum beanspruchenden Magneten ziemlich große Kräfte auszuüben gestattet. Der mit einer magnetischen Hand ausgerüstete ist deshalb nicht an einen bestimmten Ort mit seiner Tätigkeit gebunden. Selbst wenn ein elektrischer Anschluß nicht zur Verfügung stehen sollte, können die geringen für die Bewegung magnetischer Gliedmaßen erforderlichen Elektrizitätsmengen aus einer tragbaren Batterie entnommen werden.

So hat uns der Krieg den Weg des Arbeiters geschaffen, der zum Krüppel geworden ist und doch zugleich funktvoll durchschaffte künstliche Gliedmaßen erhalten hat. Immer und immer wieder muß man bei einer solchen Gelegenheit betonen, wie riesengroß für die Arbeiterbewegung in der Zeit nach dem Kriege die Aufgaben wachsen werden, damit den Arbeitern gegenüber, die im Kriege ihr wertvollstes Kapital, ihre Arbeitskraft, verloren haben, sozialer Sinn und soziale Vernunft zur Anwendung kommen kann. Denn es ist und bleibt noch die große Frage der Zukunft, ob die Voraussetzungen geschaffen werden, daß ein Kriegskämpfer mit künstlichen Gliedmaßen die Arbeit findet, zu der ihn Art und Technik erziehen haben.

Verbandplätze und Kriegsazarette im Altertum.

Die erste Schilderung einer geregelten Versorgung der Verwundeten gibt Homer in Verbindung mit den Kampfszenen im Troja; die im Gebrauch ihrer Glieder gehemmten Verwundeten werden auf den leichtbeweglichen Streitwagen zu den „schwarzen Schiffen“ in ihre Zelte gebracht, um dort die erste Stärkung und Pflege bis zur Ankunft des Arztes zu erhalten. Mehreren meist alten Männern im Heere, die von den häufig ebenfalls mit chirurgischen Dingen vertrauten Heeresführern unterstützt wurden, war die Aufgabe anvertraut. Die ärztliche Behandlung im Altertum beschränkte nach Ausprägungen des Aristokraten Dr. Faberling in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ sich auf das Freilegen, Waschen und Auswaschen der Wunde, Auslösen des Pfeiles, was häufig der Unterstützung des Messers bedurfte, Beruhigung der aufgeschwulsteten Gewebe durch schmerzstillende Heilpflanzen und Wurzel und auf Anlegen wollener Verbände. Die Spätantiker besaßen eine Vorrichtung, die den Verletzten eines Heeres bestimmte rückwärtige Plätze zuordnete, um die Hilfe schnell und gleichmäßig zu gewähren. Sklaven und Geloten verließen den Tragedienst. Das Wegschaffen der Verwundeten geschah selbst auf größeren Strecken, wie aus dem griechischen Schriftsteller Xenophon zu ersehen ist, auf den Schultern der kräftigsten Kameraden, um den Kranken möglichst Schonung angedeihen lassen zu können. Die eigentliche Pflege bis zur Wiederherstellung scheint dagegen ausschließlich der häuslichen Sorgfalt überwiesen worden zu sein, da besonderer Krankenanstalten in Griechenland keine Erwähnung geschieht. Die römische Republik kannte, ein Zeichen der strengen Justiz und der fast grausamen Härte selbst gegen ihre eigenen Bürger während dieser Zeit, weder besonders vorbereitete Verbandplätze noch auch die Hilfe von Ärzten für das kämpfende Heer. Man schenkte dem Schmerz und seiner Linderung nicht die öffentliche Aufmerksamkeit, der einzelne Verwundete lag an seinem gemauerten Platz im Zelt inmitten der Gesunden; erst nach Abbruch des Lagers wurde er, je nach der Lage des Kampfplatzes, nach Rom oder nach den Provinzialstädten der Bundesgenossen geschafft, um dort seine Genesung zu erwarten. Eine rasche Entwicklung der Verwundetenfürsorge, die eine überragende Neugierde mit unseren Einrichtungen aufweist, zeigste denn die Kaiserzeit; das älteste in der Anlage noch vorhandene Lazarett in Carnuntum, ein Regionallager an der Donau unweit von Neufahrten, stammt sicher aus dem ersten Jahrhundert, wenn nicht Augustus selbst noch die Anregung dazu gegeben hat. In Bayern, in der Schweiz, legte man ein lazarettähnliches Bauwerk frei, das man jedoch schon wegen der großen Menge dort aufgebundener ärztlicher Instrumente als eine Art Depot für ärztliche Instrumente deuten muß. Diese in Garnisonen der einzelnen Regionen massiv aufgebauten Lazarett sind schon das Ergebnis großer Erfahrungen, die auch die verschiedenartigsten Anforderungen berechnen: zunächst dem Eingang ist meist ein von den Gebäulichkeiten eingeschlossener Hof oder Garten angelegt, dem in einem lichten, einseitigen Mittelbau ein langgestreckter Speisesaal mit herumgebauten Wohnungen für das Lazarettpersonal angegliedert ist. Die eigentlichen Krankenzimmer sind durch einen breiten im Rechteck durchlaufenden Gang von dem der Verwaltung und Verpflegung zugehörigen Bauern getrennt. Das einzelne Zimmer wird durch einen Vorraum, dem eine Kammer angehängt ist, betreten, wodurch Kälte und Zugluft ferngehalten wurden. Selbst große Küchenanlagen, Apotheken und über das ganze Haus angelegte Kanalisationsanlagen konnten nachgewiesen werden. Die Lazarett besaßen besondere nur ihnen zugeordnete Ärzte neben den eigentlichen Bewachern, deren jede Legion zwei hatte, den Lazarettchirurgen, ihren Schülern und den Krankenwärtern. Bevor die Soldaten in diese, unseren Reservelazaretten entsprechenden Stanzlazarett gelangten, nahmen sich ihrer Kruppen- und Lagerärzte in den beweglichen Kriegsazaretten an. Ja selbst Pferdeazarette mit angefügten Wohnungen für die Schmiebe glaubt man feststellen zu dürfen.

Auf der Zeche Holland. Schacht III und IV in Mattenscheid ereignete sich am 28. September 1915 morgens gegen 7 1/2 Uhr, in der 6. westlichen Abteilung der 7. Sohle im Flöz August eine folgenschwerere Explosion, bei der zunächst 2 Bergleute zu Tode kamen und 25 verletzt wurden. Von den Verletzten, die — bis auf einen — nur Brandwunden erlitten, sind nachträglich noch 12 gestorben, die übrigen waren nur leicht verletzt und sind zum Teil wieder angefahren.

Die Wetterverfälschung der in Frage kommenden Baue war nach der amtlichen Untersuchung gut und ausreichend. Eine Verengung des freien Querschnitts durch Feinstaub wurde nicht festgestellt. Die Streckenfrischen waren gut verjogen.

Die Veriefelungsanlage war in Ordnung. Die Veriefelungsrohre waren in allen Betriebspunkten ordnungsmäßig vorgebaut, so daß überal belüftet werden konnte. Das Wasserleitungsnetz war an die Hauptleitung der 6. und 7. Sohle angeschlossen, so daß bei einer Störung auf der einen Sohle das Wasser von der anderen Sohle angelieft wurde.

Die Explosion hatte keinerlei mechanische Wirkungen. Alle Baue waren sofort wieder fahrbar und die Verletzten konnten ohne Sauerstoffapparate schnell geborgen werden. Der Ausbau und die Wetterverfälschungsarbeiten blieben unbeeinträchtigt.

Schlagwetter wurden nach der Explosion nur im Flöz August, Ort 8 Ofen in geringer Menge festgestellt, weil der Strahlapparat im Lufteinnehmer nicht mehr in der ursprünglichen Lage sich befand. Nachdem dies in Ordnung gebracht, war das Ort alsbald wieder rein.

Das Unglück ist höchstwahrscheinlich auf einen Stoß zurückzuführen, den der tödlich verunglückte Schichtmeister in einem erst zehn Meter hohen, im Flöz August angefahrenen Ueberbau in der Sohle abgeben hat. Geschossen wurde mit einem Schlagwetter Sprengstoff, Koronit VIII, der nach den Schichtlisten der bergemesserschäftlichen Veriefelungsstelle Schlagwetter- und Kohlenstaubfächer sein sollte, bei einer nach dem Unglück nochmals vorgenommenen Untersuchung sich aber nicht als sicher gegen Kohlenstaub erwies. Es liegt deshalb die Vermutung nahe, daß bei Vorhandensein einer geringen Schlagwettermenge Kohlenstaub entzündet worden ist, der beim Werfen des Straußes aufwirbelte.

Weiter wird vermutet, daß mehr ein Weiterbrennen der hauptsächlich aus dem Nebengestein auftretenden nicht explosiven Gasgemische unter Mitwirkung des Kohlenstaubes der nicht lebhaften, wenn auch genügendem Wetterzug folgendes hat.

Die amtliche Unfallverhandlung hat hiernach Verschiedenes an dem Unfälle nicht ergeben.

Diesem Bericht ist folgende Fußnote angefügt:

„Der Sprengstoff Koronit VIII hat sich bei der Prüfung auf der Bergemesserschäftlichen Veriefelungsstelle gegen Schlagwetter mit 650 Gr., gegen Kohlenstaub mit 550 Gr. Ladung als sicher erwiesen. Infolge der Explosion auf der Zeche Holland III und IV wurde der auf der Zeche gebrauchte Sprengstoff einer Nachprüfung unterzogen. Dabei ergab sich Kohlenstaub noch mit 350 Gramm. Dieses gefährlichere Verhalten erklärt sich daraus, daß das Koronit VIII, das die Zeche erhalten hat, nicht richtig zusammengesetzt war. Die chemische Untersuchung im Laboratorium der Zeche hat ergeben, daß der Sprengstoff etwa 5 Prozent Kaliumchlorat weniger hatte, als er haben sollte. Infolge des dadurch bedingten Sauerstoffunterfehlers mußte der Sprengstoff bei der Umsehung zu große Mengen brennbarer Gase liefern und deshalb stark zum Nachflammen neigen.“

Hiernach ist also das Unglück wohl hauptsächlich auf den Sprengstoff Koronit VIII zurückzuführen. Ähnliche Beobachtungen sind von erfahrenen Bergleuten auch auf anderen Zechen gemacht worden.

Nopfen. Der Gewinn der Grubenbesitzer hat sich danach infolge des Krieges ungefähr verdreifacht. Die Vermutung liegt nahe, daß darin etwa eine Wertung des russischen Wertes zu erblicken sei; das ist aber keineswegs der Fall, da die Grubenbesitzer durch die Kohle an Ort und Stelle verkaufen. Die ganz erheblichen Mehrerlöse, die durch die zum großen Teil „ungefährlichen“ Belastungen des Eisenbahngüterverkehrs auf der Kohle lasten, wenn sie an den Verbrauchsorten eintrifft, haben mit den Mehrerlösen der Grubenbesitzer, die ihre Vertriebswege nach wie vor unbefragt verkaufen können, nichts zu tun. Auch die Arbeiterfrage ist nicht etwa so besorgniserregend, daß sie einen in gewaltigen Maße wie tatsächlich erzielt wird, rechtfertigen könnte. Im Üral werden chinesische Kulis verwendet, deren Lohn vermutlich weit unter dem oben angegebenen Durchschnitt zurückbleiben wird; im Dongebiet haben sogar einige Grubenleitungen die Löhne der Arbeiter, die von der Militärverwaltung als unabhänglich freigegeben wurden, um ein Pfundler entwertet unter der Führung, Widerpenstige sofort ins Militär stellen zu lassen.

fürher als badeend untauglich befunden worden waren, also mit gutem Recht den Einfluß der Kriegsgeld in ihre Policen als für sie nicht erforderlich ansehen zu können glauben, sind jetzt viele Policen für den Kriegsfall nicht vollwertig und infolgedessen die Familien der Versicherten unter Umständen nicht in der von ihnen bei Abschluß der Versicherung vorausgesetzten Weise versorgt.“

Das ist ganz richtig; und selbst diejenigen, die sich in vorvertraglicher Weise versichert haben, ohne jedoch das Kriegsrisiko einzuschließen, können ohne ganz unbedeutend hohe Nachzahlungen diese Vorsorge für ihre Familien jetzt für den Kriegsfall bei ihren Gesellschaften nicht mehr erreichen.

Diese Lücke füllt die Kriegerversicherungskasse der Volksvorsorge aus. Bei ihr können für jeden Kriegsteilnehmer bis zu 20 Anteilsscheine im Werte von je 5 Mark erworben werden. Die ganze so eingezahlte Summe wird nach Friedensschluß reißend an die Hinterbliebenen der im Kriege sterbenden Versicherten nach dem Verhältnis der gelieferten Anteilsscheine ausgezahlt.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Zünftige Jahre Tabakarbeiter-Organisation.

Am ersten Weihnachtstage sind es 50 Jahre gewesen, daß auf einem Kongress in Leipzig die Organisation der deutschen Tabakarbeiter gegründet wurde. Es war freilich nicht die erste, denn bereits 1848 bestand ein Zentralverein, die „Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands“, dessen Sitz zunächst in Berlin und dann in Bremen war. Die anfangs der 50er Jahre herrschende Reaktion und innere Zwistigkeiten verurteilten jedoch sein Ende. Immerhin hatte die Assoziation in 70 bis 80 Orten Fuß gefaßt. Später war es der Zigarrenarbeiter F. W. Frische, späterer sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, der als erster öffentlich für den beruflichen Zusammenschluß der Tabakarbeiter wieder eintrat, obgleich die Kasseler, denen er angehörte, davon nichts wissen wollten. Der Kongress in Leipzig schloß die bestehenden Lokalvereine zum „Allgemeinen deutschen Zigarrenarbeiterverein“ zusammen. Frische wurde Präsident. Zweck des Vereins war zunächst, Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsnachweis, sowie Unterstützung auf der Reise und in Sterbefällen einzuführen. Der Krieg von 1866 brachte einen rapiden Rückgang der Mitgliederzahl, der allerdings durch rührige Agitation bald wett gemacht wurde, so daß 1867 bereits 6500 Mitglieder in 78 Filialen gezählt werden konnten. Als im Jahre 1868 die Berliner Fabrikanten eine rigorose Arbeitsordnung einführten, widersetzten sich die Zigarrenarbeiter und es kam zum ersten größeren und längeren Kampf. Ein zur Hilfe für den Kampf errichteter Genossenschaftsbetrieb ging später zugrunde, aber der Streit war für die Arbeiter erfolgreich. Die nächsten Jahre hemmten die Entwicklung. Der Anschlag an den Arbeiterunterstützungsverband brachte den Verein zunächst um die Selbstständigkeit; als er zusammenbrach, waren die Mitglieder auf 2000 zurückgegangen. Der Krieg von 1870/71 tat ebenfalls seine Wirkung. Dazu kam der Streit zwischen Eisenachern und Kasselern, der seine häßlichsten Seiten auch in die Tabakarbeiterorganisation hineintrug.

Nach dem Kriege drängten die Tabakarbeiter nach höheren Löhnen. In verschiedenen Orten wurden Streikvereine gebildet. Da ein beabsichtigter Zusammenschluß dieser Streikvereine dem Zentralverein gefährlich werden konnte, stellte ein 1872 in Leipzig tagender Kongress der verschiedenen Richtungen dem Verein die Aufgabe, für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. Frische war für das Streifen nicht eingenommen, da nach seiner Ansicht die Macht des Kapitalismus dadurch doch nicht gebrochen werden könne. Die Mittel des Vereins waren auch gering. Über die Verhältnisse waren klarer, es wurde dennoch vielfach gestreikt, sobald es die Konjunktur erlaubte. Lebhaft beschäftigt man sich in dieser Zeit auch mit der Organisation und dem Kampf. 1874 wurde dem Verein eine Stante- und Sterbekasse angegliedert. Allmählich begann auch die finanzielle Festigung Fortschritte zu machen. 1877 zählte der „Deutsche Tabakarbeiterverein“, wie er nun hieß, 8100 Mitglieder. Die Vera Lessenbörger hatte dem Verein schon allerbald angetan, als aber das Sozialistengesetz am 21. Oktober 1878 kam, wurde die Organisation der Tabakarbeiter als eine der anrühmlichsten bereits am 23. Oktober aufgelöst. Auch sein Organ, der „Vorkämpfer“, wurde bald verboten. Die Pioniere der deutschen Arbeiterbewegung liegen jedoch nicht todt. Es wurde „Der Wanderer“ herausgegeben. Der das Blatt abonnierte, galt als organisiert und erhielt nötigenfalls Hilfe, die freilich nur in Meisenerunterstützung bestand. Lohnbewegungen waren zunächst unmöglich. Als „Der Wanderer“ unterdrückt wurde, erschien „Der Gewerkschafter“, auch sein Abonnement berechtigte zur Unterstützung. In den einzelnen Orten waren „Agenten“ des Blattes eingesetzt. Gleichzeitig mit den Tabakarbeitern war es eine Reihe von Jahren Organ der Schneider, Tischler, Böttcher und Steinseher. Sehr bald aber trat die Organisation in größeren Orten als Fachvereine wieder auf, bis dann bereits 1882 in Bremen die Zentralisation unter dem Namen „Meisenerunterstützungsverband“ wieder vollzogen wurde. 1883 wurde schon der Verbandszweck erweitert, indem Arbeitsvermittlung und Sterbeunterstützung eingeführt wurde; 1885 wurde die Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen als Zweck erklärt. Eine allmähliche Aufwärtsentwicklung zeigte sich trotz des Sozialistengesetzes. Mancherlei Veränderungen sind seit jener Zeit eingetreten. Der reine Unterstüßungscharakter trat immer mehr zugunsten einer Kampforganisation in den Hintergrund.

Allseitig begrüßt wurde der 1912 erfolgte Zusammenschluß mit dem Sortiererverband.

1912 hatte die Organisation ihre höchste Mitgliederzahl, nämlich 37 211, von denen 18 053 Tabakarbeiterinnen waren.

Die Tabakarbeiter und mit ihnen ihre Organisation haben mit wirtschaftlichen Widerständen zu rechnen, wie sie schwerer selten eine Gewerkschaft hat. Die einfache Produktionsart und die daraus resultierende starke Heimindustrie, die umfangreiche Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen, sowie die fortwährende Abwanderung der Betriebe in die Gegenden mit billigen Löhnen hindern den Fortschritt. Dazu kommt die hohe Belastung der Industrie mit Steuern und Zöllen und die immer neuen Pläne dieser Art. All dieses in Betracht gezogen, hat die Organisation Großes geleistet. Mit emsiger Hilfe des Verbandes haben die Durchschnittslöhne der Tabakarbeiter eine Steigerung von 400 Mk. im Jahre 1885 auf 877 Mk. im Jahre 1914 erfahren. Von allem anderen ganz zu schweigen.

50 Jahre Organisationsarbeit ist mit Erfolg geleistet worden! Was wird die Zukunft bringen? Der Krieg hat auch diesem ältesten der Verbände schwere Wunden geschlagen, ihn zu vernichten, ist nicht möglich. Er steht auf festem Grunde. Möge ihm die Einigkeit als Kraft für die noch größeren Aufgaben der Zukunft erhalten bleiben!

Internationale Rundschau.

25 Jahre Bergarbeiterorganisation in Oesterreich.

Unsere Bruderorganisation, die Union der Bergarbeiter Oesterreichs, hat nun auch ein Vierteljahrhundert Kampf- und segensreicher Tätigkeit zurückgelegt. In einem geschichtlichen Rückblick schreibt dazu das Verbandsorgan, der „Glückauf“ (Nr. 1 vom 6. Januar 1916) u. a.:

„Mit vorliegender Nummer fährt sich eben zum 25. Male die Zeit, wo zwei Jahrbücher der Union, nämlich der „Glückauf“ und „Nahrung“ zum ersten Male erschienen sind und in alle Porenen zu den Bergarbeitern wanderten. Der Beschluß auf die Herausgabe der beiden Jahrbücher wurde auf dem ersten Bergarbeiterkongress (7. bis 9. Dezember 1890) in Wien gefaßt.“

Obgleich die Anfänge der Bergarbeiterorganisation ziemlich weit zurückreichen, bleibt es immerhin richtig, daß der eigentliche Grundstein für die Bergarbeiterorganisation in Oesterreich erst auf dem ersten Bergarbeiterkongress gelegt wurde. Jedenfalls fehlen bis dahin alle Anhaltspunkte dafür, daß irgendwo und irgendwann Vertrauensmänner der Bergarbeiter aus allen österreichischen Bezirken zugleich eine Beratung abgehalten hätten. Daß dem so war, dies ist zum erheblichen Teile auf den Umstand zurückzuführen, daß es den Arbeitern gemeinhin verlagert war, von der Versammlungs- und Vereinsfreiheit Gebrauch zu machen.

Diese Hindernisse wurden endlich im Größten überwunden. Der erste Bergarbeiterkongress kam zustande. Bezirke waren auf ihm alle Bezirke mit 87 Delegierten. Diese wurden wegen der Beteiligung am Kongress auf den Werken zumest entlassen.

Dieser Kongress hat sich sehr eingehend mit den zu jener Zeit herrschenden Grubenzuständen beschäftigt. Das, was die Bergarbeiter sehr bedrückte, ist in einem stenographischen Bericht festgehalten worden. Dieses Dokument aus einer sehr unglücklichen Zeit mögen heute die Bergarbeiter selbst nachlesen. Das wichtigste aber, was vom ersten Bergarbeiterkongress ausging, war die Aufforderung an die Bergarbeiter, sich zu organisieren. In der bezüglichen Resolution wird u. a. ausgeführt: „Für die Organisation der Berg- und Hüttenarbeiter ist anzustreben ein ganz Oesterreich umfassender Zentralverband. Aber die politischen Verhältnisse treten uns dabei hindernd in den Weg, da die Organisation der Arbeiter nicht gerne gesehen wird... Darum müssen wir mit der Gründung von lokalen Fachvereinen beginnen, welche hernach untereinander in den Verband treten. Es ist also Pflicht der Klassenbewußten Arbeiter, sofort überall an die Gründung von Fachvereinen zu treten.“ Ebenso wurde beschlossen, daß zur Verständigung der Bergarbeiter untereinander und zur Vertretung deren Forderungen in der Öffentlichkeit die Fachpresse zu gründen ist.

Gleich nach dem Kongress ging man daran, die Vorarbeiten für die Herausgabe des „Glückauf“ und „Nahrung“ zu treffen. Beide Blätter sollten in einer Stadt des nordwestböhmischen Kohlenkreises erscheinen. Als hierüber auf dem Kongress verhandelt wurde, meinte Dr. Adler, daß nach seiner Ansicht, unter den obwaltenden Umständen, ein Bergarbeiterblatt nur dort erscheinen kann, wo keine Bergarbeiter sind.“ Dies traf auch wirklich zu; es war in Nordwestböhmen, wo die Blätter erscheinen sollten, keine Druckerei aufzutreiben, die sich bereit gefunden hätte, den Druck der Jahrbücher zu übernehmen. Die Redaktion mußte daher nach Prag verlegt werden. Und als später dennoch der Versuch gemacht wurde, die Fachorgane in Nordwestböhmen erscheinen zu lassen, mußte man wieder eifrig davon ablassen, weil anders die kaum gegrüßten Fachorgane eingegangen wären. Die näheren Umstände mögen in diesem Zusammenhange unerörtert bleiben.

In Bezug auf die Gründung der lokalen Fachvereine mußten ebenfalls mancherlei Schwierigkeiten überwunden werden. Es gingen viele Monate ins Land, bevor der erste Fachverein befriedlich bewilligt wurde. Nachdem einmal ein Fachverein bestand, ging es in der Folgezeit etwas leichter, so daß in allen größeren Orten nacheinander Fachvereine gegründet wurden. Nunmehr wurden auch die Statuten für den Zentralverein der Bergarbeiter Oesterreichs genehmigt. Die konstituierende Versammlung fand im April 1894 in Brünn statt. Diesen Zentralverein haben sich aber nie alle Fachvereine angeschlossen. Später, und zwar im Jahre 1895, machte man sich daran, Distriktsverbände zu gründen, die ihren Zusammenschluß in dem Zentralverband finden sollten. Auch das ist nicht ganz gelungen.

Der Umstand, daß infolge der politischen Verhältnisse zunächst lokale Fachvereine gegründet werden mußten, um überhaupt eine Organisation zu haben, hat in der Folgezeit den Zentralisationsgedanken entschieden gehemmt. Das, was nun bei einigen größeren Bezirken in Oesterreich seit längerer Zeit Mangelhaftigkeit war, setzte sich auch bei den Bergarbeitern naturgemäß durch; nämlich die Zentralorganisation. Die üblichen Erfahrungen, die bei den verschiedenen Aktionen und Kämpfen gesammelt worden sind, waren ein teures Lehrgeld. So kam es im Jahre 1903 zur Gründung der Union der Bergarbeiter. Die in den einzelnen Bezirken bestehenden Distriktsverbände lösten sich auf und überführten ihre Mitglieder in die Union. Diese machte in den nächsten Jahren große Fortschritte; es gelang ihr, ein Pfund aller Bergarbeiter in die Organisation einzugliedern. Durch die bekannte Separierung im Jahre 1910, welche parteipolitischen Erwägungen entsprang, eilt die Union wiederum einen Rückschlag. Dadurch wurde auch, was ganz selbstverständlich ist, die Macht der Bergarbeiter gegenüber den Bergherren geschwächt. Die separatistischen Störungen wurden überwunden und nun ging es wieder aufwärts. Diese Entwicklung hat nun der Weltkrieg ja unterbrochen.“

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Weitere Kohlenpreiserhöhung in Sicht.

Vom rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt berichtet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (Nr. 12) vom 6. Januar 1916 u. a.:

„Der Kohlenbergbau wäre in der Lage, aus dem Kriege wohl die weitgehendsten Vorteile zu ziehen, wenn er nicht durch verschiedene militärische Umstände daran gehindert würde; denn mehr noch als in jeder anderen fabrikmäßig betriebenen Industrie ist der Kohlenbergbau von der Arbeiterfrage, die unter den Einflüssen des Krieges bekanntlich eine recht schwierige geworden ist, abhängig. Zum andern hat er in den letzten Monaten unter dem Wagenmangel zu leiden gehabt, der leider noch nicht behoben ist und die Ertragskräfte der Zechen in gewissem Umfang beschränkt. So ist es nicht möglich, die außerordentlichen Anforderungen, die der Krieg an die Kohlenzechen stellt, im gewünschten Umfang zu befriedigen, und wenn der Krieg noch länger dauern sollte, werden die Aussichten für die Bergwerksindustrie auch kaum günstiger sein als sie es in dem abgelaufenen Jahre waren. Immerhin konnten die Zechen, nachdem sie sich auf den Krieg eingestellt hatten, mit einem nennenswerten Verdienst arbeiten, und diese Verdienstmöglichkeiten scheinen auch für die Zukunft gesichert zu sein. Augenblicklich wird das Abgabenergebnis durch den Wagenmangel ungünstig beeinflusst, und führt zu erheblichen Ausfällen im Verkauf, während andererseits die Zechenlager mit Vorräten angefüllt sind, und die Zechen bereits vor die Notwendigkeit gestellt sind, Preisermäßigungen einzusetzen. Das würde natürlich bei den heutigen Verhältnissen im höchsten Grade unerwünscht sein, und auf den Effekt weiter ungünstig einwirken. Die Zusammensetzung der Arbeiterkraft ist durch den fortwährenden Abgang der eingearbeiteten Grubenarbeiter und durch den nicht gleichwertigen Ersatz von Hilfskräften die Frauen, Gefangenen und ungelernete Arbeiter aus den okkupierten Gebieten für die Durchschnittsleistungen recht ungünstig. Die Selbstkosten steigen dadurch bei den Zechen erheblich; denn trotz der geringen Leistungen gehen die Löhne weiter in die Höhe. Man wird deshalb auch über kurz oder lang die Preisfrage erneut einer Prüfung unterziehen und voraussichtlich zu einer weiteren Erhöhung der Preise kommen.“

Die im 4. Vierteljahr vielfach von den Zechen vorgenommenen Ausbeuteerhöhungen sind, wie schon mehrfach betont, nicht auf stärkere Gewinnung im 4. Vierteljahr zurückzuführen, sondern entsprechen einmal angenommenen Gepllogenheiten, für die man aus früheren Vierteljahregewinnen die entsprechenden Rückstellungen gemacht hat.“

Die Zechen konnten also bisher schon „mit annehmbarstem Verdienst arbeiten und diese Verdienstmöglichkeiten scheinen auch für die Zukunft gesichert zu sein“, trotzdem wird man „über kurz oder lang die Preisfrage erneut einer Prüfung unterziehen und voraussichtlich zu einer weiteren Erhöhung der Preise kommen“, weil — nun, weil angeblich die Selbstkosten steigen. Selbstverständlich! Mit den steigenden Selbstkosten sind bisher nach alle Kohlenpreiserhöhungen begründet worden. Damit wird auch jeder Wucher begründet. Diese Begründung ist aber in diesem Falle um so weniger stichhaltig, als selbst die „Rhein.-Westf. Ztg.“ zugestehen muß, daß bisher schon ganz annehmbare Gewinne erzielt wurden. Mit diesen annehmbareren Gewinnen sind die Werksbesitzer aber nicht zufrieden, bei ihnen wächst der Appetit beim Essen und darum sucht das Unternehmerblatt Stimmungen für weitere Preissteigerungen zu machen. Das Profitbedürfnis der Werksbesitzer wird dabei mit sinkenden Leistungen und steigenden Selbstkosten umschrieben, das klingt besser. Die fortgesetzt steigenden Gewinne lassen sich nicht bestreiten. Im 4. Vierteljahr 1915 scheinen sie besonders fett auszufallen. Mit fetten Gewinnen aber lassen sich keine Preissteigerungen nicht gut rechtfertigen, darum werden die Ausbeuteerhöhungen aus früheren Rückstellungen gemacht. In früheren Quartalen wurden also schon so starke Rückstellungen gemacht, daß jetzt erhöhte Ausbeute daraus gezahlt werden kann, trotzdem wurden auch da die Preissteigerungen mit den steigenden Selbstkosten begründet. Man sollte doch endlich das Kind beim richtigen Namen nennen und die Preissteigerungen nicht mit den steigenden Selbstkosten, sondern dem steigenden Profitbedürfnis begründen.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Die Volksvorsorge im Jahre 1915.

Die fördernden Einwirkungen des Weltkrieges haben natürlich auch die Organisation der Volksvorsorge sehr hart getroffen. Sind doch seit Beginn des Krieges 458 Rechnungsführer zu den Waffen gerufen worden, für die nicht immer leicht Ersatz zu finden war. In 26 Verwaltungsstellen haben sich in dankenswerter Weise Frauen zur Übernahme der Geschäfte bereit erklärt. Es ist angehtig dieser Hemmungen ein ebenso hochherziger Beweis für den Eifer der Funktionäre der Volksvorsorge wie für das Vertrauen der Arbeiter zu derselben, daß im Jahre 1915 noch 10 558 neue Versicherungsanträge zur Bearbeitung gebracht wurden und am Schlusse des Jahres 1915 noch über 170 000 Versicherungen in Kraft waren. Die Tatsache, daß dieses Resultat in einer einjährigen Friedensarbeit und nach einer einjährigen Kriegsdauer erreicht und erhalten werden konnte, bestätigt die Hoffnung, daß die Volksvorsorge ihren soliden Bestand über den Krieg hinaus erhalten wird, und eine gesunde Basis für einen raschen und glänzenden Aufbau in der kommenden Friedenszeit liefern wird.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Die Volksvorsorge im Jahre 1915.

Die fördernden Einwirkungen des Weltkrieges haben natürlich auch die Organisation der Volksvorsorge sehr hart getroffen. Sind doch seit Beginn des Krieges 458 Rechnungsführer zu den Waffen gerufen worden, für die nicht immer leicht Ersatz zu finden war. In 26 Verwaltungsstellen haben sich in dankenswerter Weise Frauen zur Übernahme der Geschäfte bereit erklärt. Es ist angehtig dieser Hemmungen ein ebenso hochherziger Beweis für den Eifer der Funktionäre der Volksvorsorge wie für das Vertrauen der Arbeiter zu derselben, daß im Jahre 1915 noch 10 558 neue Versicherungsanträge zur Bearbeitung gebracht wurden und am Schlusse des Jahres 1915 noch über 170 000 Versicherungen in Kraft waren. Die Tatsache, daß dieses Resultat in einer einjährigen Friedensarbeit und nach einer einjährigen Kriegsdauer erreicht und erhalten werden konnte, bestätigt die Hoffnung, daß die Volksvorsorge ihren soliden Bestand über den Krieg hinaus erhalten wird, und eine gesunde Basis für einen raschen und glänzenden Aufbau in der kommenden Friedenszeit liefern wird.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Die Volksvorsorge im Jahre 1915.

Die fördernden Einwirkungen des Weltkrieges haben natürlich auch die Organisation der Volksvorsorge sehr hart getroffen. Sind doch seit Beginn des Krieges 458 Rechnungsführer zu den Waffen gerufen worden, für die nicht immer leicht Ersatz zu finden war. In 26 Verwaltungsstellen haben sich in dankenswerter Weise Frauen zur Übernahme der Geschäfte bereit erklärt. Es ist angehtig dieser Hemmungen ein ebenso hochherziger Beweis für den Eifer der Funktionäre der Volksvorsorge wie für das Vertrauen der Arbeiter zu derselben, daß im Jahre 1915 noch 10 558 neue Versicherungsanträge zur Bearbeitung gebracht wurden und am Schlusse des Jahres 1915 noch über 170 000 Versicherungen in Kraft waren. Die Tatsache, daß dieses Resultat in einer einjährigen Friedensarbeit und nach einer einjährigen Kriegsdauer erreicht und erhalten werden konnte, bestätigt die Hoffnung, daß die Volksvorsorge ihren soliden Bestand über den Krieg hinaus erhalten wird, und eine gesunde Basis für einen raschen und glänzenden Aufbau in der kommenden Friedenszeit liefern wird.

Lebensversicherung und Krieg.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

„Infolge der Nachmusterung der dauernd Untauglichen und der Verwendungsmöglichkeit eines Teiles von ihnen für den Militärdienst, sei es in der Garnison, sei es im Feld, ist die Frage der Versicherung auf Kriegsgefahr von neuem stark in den Kreis der Erwägungen gerückt worden. Daraus, daß bei dieser Nachmusterung vielfach auch Personen in vorgeschrittenen Lebensjahren in Betracht kamen, die

Stalinerische Bergarbeiterlöhne und Lebensmittelpreise!

Italien gehört zu den europäischen Staaten, denen die Natur nur geringe Kohlen- und Eisenerzlagere beiehert hat. Bei einer eigenen (fast nur Braun-) Kohlenförderung von 1913 reichlich 700 000 Tonnen hat es einen Kohlenverbrauch von rund 10 Millionen Tonnen. Der Hauptlieferant ist Großbritannien, und dieses hat auch das Bemüht, um Italien zum Bruch des Dreibundvertrages zu bewegen. Zur Aufrechterhaltung und Entwicklung seiner Eisen- und Stahlindustrie bedarf Italien großer Zufuhren von Roheisen usw. aus dem Auslande. Dagegen spielt es mit seiner Schmelzproduktion neben Nordamerika die bedeutendste Rolle auf dem Weltmarkt. 1913 waren im italienischen Bergbau 43 407 Personen beschäftigt. Dabon kamen 15 687 auf die (sibyllischen) Schwefelgruben, 15 374 auf die Bleierzgruben, 994 auf die Kohlenbergwerke. Ueber die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse im italienischen Bergbau werden nur wenige regelmäßige amtliche Angaben gemacht. Im statistischen Jahrbuch für das Königreich Italien finden wir eine summarische Lohnstatistik für 1910 und Mitteilungen über die Arbeitszeiten. Danach betrug die Schichtzeit für Untertagsarbeiter meistens 8 Stunden, in den Distrikten Florenz und Ferrara 8—10 Stunden, im Distrikt Rom 8—11 Stunden, in dem Schwefelgrubenbezirk Gallianetta für die eigentlichen Bergleute 6—8 Stunden. Ob Ein- und Ausfahrt mit einbezogen ist, wird im Jahrbuch nicht mitgeteilt. Die Arbeitstage hatten fast durchweg 10-tägige, in wenigen Bezirken 11-tägige Schichten. Die Lohnhöhe war stark verschieden. In den Distrikten mit den geringsten Belegschaften, Turin, Mailand, Bienna, Bologna, Rom und Neapel blieb auch der höchste Durchschnittslohn der eigentlichen Bergleute noch unter 4, zum Teil sogar unter 3 Lire (1 Lire = 20 Pf.) pro Schicht. Selbst im Distrikt Agliata, wo über 10 000 Arbeiter beschäftigt wurden, betrug der höchste Durchschnittslohn nur 2,95 Lire. Die höchsten Löhne wurden im Schwefelgrubenbezirk Gallianetta gezahlt. Hier schwankten die Durchschnittslöhne für Hauer (Pierotiere) zwischen 2,30 bis 6 Lire; ihre Handlanger erhielten aber nur 0,90 bis 2,80 Lire. Die Aufseher erhielten 2,30—5,00 Lire. Wir greifen also eher zu hoch als zu niedrig, wenn wir den Durchschnittslohn der italienischen „eigentlichen“ Bergleute (Hauer) auf 3,50 Lire pro Schicht schätzen. Wie standen demgegenüber die Lebensmittelpreise?

Table with 4 columns: Location (Turin, Florenz, Terni, Valermo), Unit (Centestimi), and Price. Rows include items like Brot, Weizenmehl, Roggenmehl, Reis, Kartoffeln, Schweinefleisch, and Schmalz.

Es sind nicht etwa die teuersten, sondern Wägen mit mittleren Preisen herausgegriffen, denn die oberitalienische Industrie, die gehört (sogar zu den billigsten Plätzen). Im Kleinhandelsvertrieb rechnet man in Italien mit 1 Lire (100 Centestimi) wie in Deutschland mit 1 Mark. Dies berücksichtigt und dazu die angegebenen Wägen zum Vergleich herangezogen, dann muß man sagen, daß die italienischen Bergarbeiterfamilien, wenn sie kein anderes Einkommen als ihren Arbeitslohn haben, sich durchschnittlich in recht schlechter wirtschaftlicher Lage befinden.

Mikrände auf den Gruben. Hannover, Braunschweig, Hessen-Nippe.

Die Mikrände auf den Gruben, Hannover, Braunschweig, Hessen-Nippe. Die Mikrände auf den Gruben, Hannover, Braunschweig, Hessen-Nippe. Die Mikrände auf den Gruben, Hannover, Braunschweig, Hessen-Nippe.

Saargebiet und Reichslande.

Saar- und Moselgruben. Die Seilfahrtsordnung läßt sehr zu wünschen übrig. Derjenige, der morgens mit dem ersten Korb entfährt, kann erst mit dem vierten oder fünften ausfahren. Erhöhen die Vertrauensmänner sich darüber beschwert haben, hat jeder Steiger seine "Korbseil", die zuerst ausfahren können. Bei der Ein- und Ausfahrt stehen die Arbeiter Todesangst aus durch das ruckweise Fahren der Maschinen. Diese jedoch beschweren sich wieder über die Bruchmaschinen, da nichts ordentlich repariert wird. Morgens um 5,50 Uhr muß alles am Schacht sein, andernfalls gibt es 1/2 Schicht. Jedoch nachmittags vor 2,20 Uhr - meistens wird es 2,30 Uhr - kommt der erste Korb nicht an Tag. Auf diesbezügliche Beschwerden der Vertrauensleute erklärte der Direktor, daß mittags um 2 Uhr der erste Korb am Tag sein muß, jedoch auch die Förderung bis 2 Uhr gehen muß. Wie soll nun dies gemacht werden? In Nr. 50 der "Bergarb.-Ztg." wurde darauf hingewiesen, daß Wagenklappen und Kranladungen ungeschickt ist. Die Saar- und Moselgesellschaft aber weiß sich zu helfen. Auf jeder Anlage ist ein Steiger zur Kontrolle der Förderung angestellt. Diese Herren fragen nun nichts bornach, ob der Wagen irgendwo verunglückt ist oder wie weit er schon gelaufen ist, sondern sie schreiben kurz in ihr Buch sieben oder acht Zehntel. So kommt es vor, daß Kameradschaften in der Schicht 20 Wagen geladen, jedoch nur 15 angegriffen haben. Die fehlenden 5 Wagen sind genullt oder gezeichnet. Nicht selten kommt es vor, daß eine Kameradschaft auf diese Weise 60-70 Wagen einbringt. Das Gedinge ist während des Krieges noch nicht allgemein erhöht worden. Auch den Schichtführern wurde noch nichts zugefügt, sondern es wurde ihnen vielfach noch abgeziffen. Auf Beschwerde der Schichtführer erklärte der Betriebsführer Schmidt, sie sollten jede Woche vor Kasse eine Uebersicht verfahren, dann bekamen sie 5 Mark Prämie und brauchten keinen Zusatz. Diese Prämie bekommen auch die Kohlenhauer, wenn sie jede Woche eine Uebersicht verfahren, aber sie dürfen keine einzige Schicht im Monat feiern. Selbst den Kranken wird sie dann verweigert. Die Behandlung der Krumpeln läßt auch zu wünschen übrig. Bei Anfang des Krieges waren 225 000 Mk. in der Unterstützungsstufe, woraus die Kriegserkrankten bis jetzt unterstützt wurden. Schon gleich zu Kriegsanfang beantragten die Vertrauensleute, daß die Kasse gleich zur Unterstützung der Arbeiterfamilien operieren solle, wenn die Kameradschaft den gleichen Betrag zahle. Der Direktor flachte jedoch kurz und bündig: "Nein, wir zahlen keinen Pfennig!" Jetzt, nach siebenzehnmönatiger Kriegsdauer ist die Kasse der Arbeiter leer. In der letzten Sitzung erklärte der Direktor, daß jetzt die Gesellschaft die Kriegserkrankten unterstützt und hierfür jeden Monat 20 000 Mk. ausgibt. Jedoch den dienstverweigernden Frauen wird keine Unterstützung mehr gezahlt, da diese ja die "große Staatsunterstützung" bekommen. Auch mußte etwas mehr gepart werden mit den Unterstützungen an die hier noch arbeitenden bedürftigen Kameraden. Vor allem dürften die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen. Auch den Witwen, die bis jetzt laufende Unterstützungen bezogen haben, würde etwas gepart werden. Solange Geld in der Kasse der Arbeiter war, konnte daraus geschöpft werden, jedoch jetzt, da die Kasse bezogen muß, geht man überall gepart werden, und die größten Leidtragenden hierbei sind wieder die Arbeiter. Die Unorganisierten wollen es ja allerdings auch nicht besser haben, sonst hätten sie sich schon längst unserem Verbande angeschlossen. Sie ernten daher nur, was sie gesät und haben kein Recht, sich zu beklagen.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Pfarrer Göb gegen die Lebensmittelwucherer. In Nr. 48 der "Christlichen Freiheit" wendet sich der Pastor Göb aus Dortmund mit folgenden Worten gegen die Lebensmittelwucherer. Göb gedenkt der vielen großen Kriegsoffer, die das Volk willig getragen habe. Dann heißt es, nun fülle bitterer Groll die sonst so stillen Herzen, nun eilten Klagen an die Front auch von solchen, die sonst nur mutig und ermutigend an ihre Lieben drängen geschrien hätten. Wie es kommt, daß dieses Bild sich geändert habe, lehren uns die Antworten der Krieger selbst: Ihre Pflicht an der Front können sie nur erfüllen, wenn sie wüßten, daß die Heimat für ihre Lieben daheim sorgte. "Als England uns aushungern wollte, da haben sich alle freudig beschrankt und trotz vieler Verluste, weil der Plan mißginge und das Vaterland getrotzt werde. Heute liegt es anders. Ob auch manches, daß der Krieger Frauen nicht zu haben brauchen und ihre Kinder nicht verhungern müßten. Aber heute sind es Deutsche, die ihr eigenes Volk entbehren lassen. Feinde der eigenen Nation, Vaterland slasie Gezellen in der ganzen Schwere dieses Wortes. Wie wagen wir da noch zu schelten auf den Kameraden des Inselfolks! Wohl weiß ich jeder, daß der Krieg die Preise steigert. Aber was hier geschieht, ist Vaterlandsverrat. Es ist die unheilvolle Ausfaat für die Zukunft. Denn unser Volk, sonst so geduldig und so tapfer im Ertragen; was hier geschieht, das brüht es; und es brüht es schwer. Das es bei allem tausendfach bewiesenen Opfermut niedriger Ausbeutung preisgegeben sein soll, das wird es nie verzeihen. Was der Ernst des Krieges uns an Gegen brachte für die deutsche Einheit, das wird hier freibändig zerschanden. Gleich Sturmwinden sollen jetzt die Stimmen aller Gutgesinnten hilflos an die Stufen der Regierung

branden, daß man es hört merkt: Es ist die höchste Zeit Maßnahmen der Regierung. Können nur den äußeren Liebergriffen steuern. Mehr tut noch. Der niedere Sinn, der Deutschland heute vernichtet, der sich berechnen will aus Not und Elend anderer; der muß gebannt werden durch einen neuen guten Geist und durch den heiligen Willen, derer wert zu sein, die draußen bluten und ihr Leben opfern. Verzicht und Opfer machen heute Deutschland groß; Reib und Bier nach Gewinn stößen es von seiner Höhe. Heute ist es doppelt heilige Pflicht für alle, die ihr Vaterland lieben und an seine Zukunft denken, mit aller Macht zu kämpfen gegen diesen Geist der struppelosen Selbstsucht. Wir müssen Sieger bleiben nicht nur auf der Waffentat blutiger Kämpfe, sondern auch in dem so schweren Ringen des Elends wider alles Niederliegende und Arge."

Bei diesen beratenden Worten von angebrachter Schärfe kommt es darauf an, in welchem Grunde der geforderte neue Sinn ankern soll. Daß das Volk den Kriegswucherer schwer buchen wird, ist gewiß angenehmer; doch ist es vor allem wichtig, daß die rechte Lehre daraus angenommen wird. Die Lebensmittelwucherer empfinden zum Teil ihr Unrecht gar nicht, sind sie sich doch bewußt, daß sie nach den Grundsätzen einer Volkswirtschaft handeln, die früher leider viel zu sehr als ewig gleich gut wirkender Worn alles Völkerglücks hingestellt wurde. Der niedere Sinn, dem Felde angesagt werden muß, wurzelt in der Profitwirtschaft selbst und wird auch nur mit dieser verschwinden. Der hohe gute Geist kann allgemein nur bei der Wirtschaftsumgestaltung, wo die Sorge um das Allgemeinwohl maßgebend ist. Die profitlose Wirtschaft, die nur nach dem sachlichen Zweck arbeitet, die Bedürfnisse ihrer Mitglieder mit den geringsten Unkosten zu erfüllen, haben wir schon in der Konsumgenossenschaft, die ja allerdings heute den allgemein wirkenden wirtschaftlichen Gesetzen noch nicht ganz entziehen kann. Soll der in der Zeit des Kriegswuchers ankündende, vollaus berechtigte Unmut nicht doch wieder nutzlos verpuffen, so ist es notwendig, immer wieder deutlich darauf hinzuweisen, worauf es im Grunde ankommt.

Beirat für unsere Volksernährung.

Der "Reichsanzeiger" teilt mit: In dem Beirat zur Erörterung der mit der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zusammenhängenden Fragen wurden folgende Reichstagsabgeordnete berufen: Wasseremann, Rechtsanwalt in Mannheim; Bauer, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Neudamm; Dr. Wachsmann, Berlin-Niederschlesien; Dombel, Mediziner in Neudamm; Ebert, Parteisekretär in Treptow-Derlin; Erzberger, Schriftsteller in Berlin; Fischek, Stadtrat in Berlin; Giesberts, Arbeitersekretär in M. Gladbach; Gerold, Bundesökonomrat und Gutbesitzer auf Haus Abvelinko bei Münster; Dr. Wasinger, hauptberuflicher Professor in München; Mollenhuth, Parteisekretär in Schönberg-Berlin; Dr. Mörike, Mitbürgersekretär auf Görsdorf in der Mark; Rob. Schmidt, Arbeitersekretär in Rastdorf-Berlin; Dr. Wendorf, Gutbesitzer auf Loth bei Rostenhof (Kreis Grimmen) und Graf von Westphal, preussischer Oberverwaltungsgerichtsrat in Siedeburg-Berlin. - Bauer, Ebert, Wasinger und Schmidt sind Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Antheilliche Noheit in einer christlichen Zeitung.

In der jüngsten Nummer der "Wacht", des Organs der katholischen Jugendvereine, finden wir folgendes Gebot: Franzosenkrankheit. Ein blaß Französisch kroch ins Bett In einem deutschen Lazarett... Ein Doktor ihn schnell untersucht Und lächelnd in die Listen bücht: "Hat Malaria-Vergiftung!... Sein Herz schlägt schwach; Sein Puls ist matt, Weil man sie so vertobt hat!"

Es ist besonders traurig, daß eine Zeitschrift, die der Jugend-erziehung dienen soll, sich eine solche Noheit leistet. Wie läßt sich eine solche Noheit vereinbaren mit den eindringlichen Friedensmahnungen des Papstes während dieser Kriegszeit und mit den christlichen Geboten: "Liebet eure Feinde, tuet Gutes denen, die euch hassen; liebe deinen Nächsten wie dich selbst; wenn dir jemand einen Schlag gibt auf die rechte Wange, dem biete auch die linke?" Blätter, die sich zu solchen Noheiten verstehen, sollten sich doch nicht mehr christlich nennen, denn darin liegt eine Verpöschung falscher Tatsachen.

Zeitunglesen eine Pflicht!

Zwei Mitglieder einer Gemeinde in der Umgegend von Osnabrück sind Arzid, weil sie entgegen der verfügten Weisung einige Pfund Schafwolle verkauft halten, zu einem Tag Gefängnis verurteilt worden. Zu ihrer Verteidigung gaben sie an, die Verordnung wäre ihnen unbekannt geblieben, da sie in der Gemeinde nicht in der üblichen Weise bekannt gemacht worden war, und Zeitungen lesen sie nicht. Das Gericht glaubte ihnen zwar, erklärte aber: "Wer sich keine Preisverordnungen liest, handelt fahrlässig und kann sich bei Preisverordnungen auf Unkenntnis, die ihn sonst strafrei machen würde, nicht berufen."

Sittliche Zerrüttung.

Wir lesen in der "Rölnischen Zeitung", Nr. 27, vom 9. Jan. 1916: "Im British Weekly", dem Hauptorgan der von der Staatskirche unabhängigen englischen christlichen Gemeinschaften, also in einem weitverbreiteten und angesehenen "christlichen" Blatt, hat ein Kriegsmann um Lösung verschiedener Fragen gebeten, die sein Gewissen hinsichtlich des Krieges beschwerten; besonders "bin ich in Not und stoße mich daran, wenn ich denke, es könnten sich zwei Christen von Angesicht zu Angesicht auf dem Schlachtfeld zu tödlichem Kampf begegnen". Darauf antwortet ein Geistlicher und Doktor der Theologie, David Smith. Nachdem er zuerst die verschiedenen Gesichtspunkte angeführt hatte, daß ein Christ sich am Kriege beteiligen könne, fährt er wörtlich fort:

"Der Fall, den Sie annehmen, daß sich zwei Christen in tödlichem Kampf begegnen können, wird in diesem Kriege nicht praktisch. Denken Sie an die Gruel in Belgien, an die giftigstschwebelängerten Schlachtfelder Frankreichs, an die Nordsee, an die "Lusitania"! Das ist kein Krieg, das ist kein Krieg, kein Kampf, das ist offenbares Teufelswerk, und kein Christ wird seine Hand dazu reichen können. Wenn ein Christ in der ganzen Horde des Kaisers wäre, würde er seine Waffen wegwerfen. Es sind der Teufel und seine Engel, eingekleidet in Fleisch, mit denen wir uns schlagen; und Gewissensqual darüber ist ärger als Dummheit, das ist Unzucht gegen Gott und seinen Christus. Josuas Wort ist heute unser Wort. Und so furchtbar es auch scheinen mag, so jetzt das mosaische Gesetz das einzig befriedigende Ziel. Es war Gottes Mittel gegen die Gottlosigkeit der Amoriter, und es ist heute sein Mittel gegen eine noch schlimmere Gottlosigkeit."

Der fromme, christliche Pfarrer empfiehlt also unsere völlige Vernichtung und Ausrottung! Und überläßt ein Schauer bei seinen Worten; aber nicht ob des Schreckens, das er in ohnmächtiger Wut uns andröhrt, sondern ob der sittlichen Zerrüttung, welche das Lesen der englischen Tagespresse in ihm zutage gebracht hat. Und uns überläßt ein Schauer ob der sittlichen Zerrüttung, welche nicht nur die Gehepresse aller Länder, sondern der Krieg überhaupt zutage gebracht hat.

Zusammenwirken der Völker.

In einem Neujahrsartikel, den der Generalinspektor der Posten in London im "Reichsboten" veröffentlicht, findet sich folgende in einem konsequenten Blatt doppelt beachtenswerte Mahnung: "Man soll von Kriegszielen nicht sprechen. Es mag dazu noch nicht Zeit sein. Aber eins ist gewiß. Wir werden in der Zukunft nicht nur unser eigenes Bestes. Es werden ja Stimmen laut, die da meinen, wir sollten uns mit einem gründlichen Vorteil für uns selbst begnügen. Wir sollten eine so beherrschende Weltstellung anstreben, daß niemand in der weiten Welt je wieder wagt, die Hand gegen uns zu erheben. Aber gerade die Ueberspannung des völkischen Sonderinteresses trägt immer den Keim des Krieges in sich. Sind doch die wirtschaftlichen Abhängigkeiten Englands der tiefste Grund dieses Weltkrieges gewesen. Die Erfahrung, die wir an unseren Feinden machen, sollte uns belehren, daß es nicht auf getan ist, nur den eigenen Vorteil zu suchen. Wir sind nun einmal auf ein Zusammenwirken der gesamten Völkerwelt angewiesen. In ihrer Mannigfaltigkeit von Göttern und Eigentümlichkeiten liegt die Möglichkeit einer gegenseitigen Ergänzung und eines wechselseitigen Dienstes. Auch für die Völkerverwelt gilt das Wort: Dienet einander, ein jeglicher mit der

Gabe, die er empfangen hat." Mögen politische Staatsgebilde in ihrer geschichtlich gewordenen Form dann ihr Daseinsrecht bewahren, wenn sie sich in den Dienst solcher Gebanten stellen, die die Völkergemeinschaft zerstören statt sie zu bauen, an und für sich sind die Völkereigenschaften der Welt gewollte Sonderausprägungen des Menschheitsgebanten, die nicht vernichtet, sondern erhalten und zur Vollkommenheit geführt werden sollen."

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 3. Woche (vom 9. bis 15. Januar 1916) fällig. Wir bitten unsere Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

"Arbeiterrechtsbeilage" betreffend.

Wir können jetzt wieder die zurzeit allmonatlich einmal im "Correspondenzblatt der Generalkommission" erscheinende "Arbeiterrechts-Beilage" allen unseren nicht eingezogenen Mitgliedern der Versicherungs- und Uebersicherungsämter, der Berggewerbe- (Bergschiedsgerichte) und den Knappschaftskassen unentgeltlich liefern. Wir versenden dieselbe allmonatlich mit der "Bergarb.-Ztg." nur an diejenigen Zahlstellen, welche für unsere Mitglieder, die eins der vorstehenden Ämter bekleiden, die erforderliche Anzahl der genannten Beilage bestellen. Wer also ein solches Amt bekleidet und diese Beilage nicht mit dem "Correspondenzblatt" jetzt schon erhält, soll sie baldigst durch die Zahlstellenverwaltung bezw. den Zeitungsbote bei uns bestellen. Sie wird dann allmonatlich einmal mit der "Bergarb.-Ztg." ins Haus geschickt. Der Vorstand.

Abreisenderänderungen.

Bochum V. Der Vertrauensmann und Knappschaftskassier Karl Egeling wohnt vom 1. Januar 1916 ab Werlestraße 28. Bochum II. Als Vertrauensmann fungiert jetzt der Kamerad Emil Rahmig in Gottrop, Wegdstraße 16. Kasseler bleibt Fritz Steinweg, Ottostraße 14. Katernberg. Der Vertrauensmann Michael Schöwig wohnt jetzt Kirchstraße 86.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden: Haffel. Krankengeld wird jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, von 11 bis 12 Uhr vormittags, beim Kameraden Wulf. Kerulz, Krndstraße 12, ausgezahlt. Herne II. Krankengeld wird jeden Sonntag, von 2 bis 4 Uhr nachmittags, beim Vertrauensmann Franz Scharmann, Herne, Strinleber Straße 180, ausgezahlt. Lütgendortmund. Krankengeld wird jeden zweiten Sonntag im Monat beim Kassierer Fritz Schwarz, Lütgendortmund, Wilhelmshöhe 18, ausgezahlt.

Stimmenrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben: Essen. Bis 15. Januar. Freisenbruch. Vom 9. bis 16. Januar. Herne II. Vom 20. bis 29. Januar. Hohenmölsen. Am 30. Januar. Kirchhörde. Vom 15. Januar bis 1. Februar. Söhnebeck. Vom 24. Januar bis 18. Februar. Somborn. Bis 18. Januar. Stodum. Vom 16. Januar ab.

Bibliotheken.

Laer. Die Bibliothek ist jeden Sonntag von 11 bis 12 Uhr beim Wirt Niggemann geöffnet. Gving II. Wegen Neuregelung der Bibliothek bleibt dieselbe vom 18. bis 30. Januar geschlossen. Die entliehenen Bücher müssen bis zum 16. Januar abgegeben werden. Vereintigte Bibliotheken Steels, Königsstele und Gort. Am 16. Januar wird die Bibliothek wieder eröffnet. Die Bücherausgabe erfolgt jeden Sonntag vormittags von 11 bis 1 Uhr bei Spiet's, Nottebaumskamp. Die Kameraden werden ersucht, die Bibliothek besser wie bisher zu benutzen, denn dieselbe ist durch eine Anzahl Neuanfassungen vergrößert worden.

Die November-Abrechnung.

war bis zum 31. Dezember 1915 von folgenden Zahlstellen nicht eingelangt: Bezirk Dortmund: Sudarbe, Lindenhorst; Bezirk Cassrop: Eodingen; Bezirk Linden: Wankenstein, Eborn, Siddinghausen, Weimar I; Bezirk Bochum: Bochum IX; Bezirk Essen-Ost: Kupferdreh, Niederrhein; Bezirk Lahn-Dillkreis: Sieben, Juppelbach, Obershausen; Bezirk Vahren: Arzberg, Gammersbach; Bezirk Oberschlesien: Weiden, Birkenal, Gortzow, Elguth-Sultschin, Amelien, Arzlow, Karbowa, Koblau, Kurov, Petershofen, Nadzicow, Nepten, Scharchen, Eupina, Kamistau; Bezirk Senftenberg: Grunberg, Neu-Weizow, Ziebingen. Hauptkasse.

Sterbetafel.

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen: Gustav Böhm, Liebersdorf. Albert Salomo, Dorne. Emil Böhm, Wintersdorf. Karl Reumier, Laucha. Emil Wabnburger, Wintersdorf. Otto Lubwig, Laucha. Walter Hering, Wintersdorf. Ditto Zinke, Laucha. Friedrich Kowalek, Notthausen. Hermann Weich, Altenessen I. Billy Wendler, Trebnitz. Peter Kahn, Altenessen I. Otto Köhlich, Trebnitz. Robert Keller, Mittelsdorf. Franz Goldschel, Laucha. Franz Gernes, Waltrop. Franz Drilling, Bochum II. Karl Himmel, Notthausen. Martin Habiega, Gerten. Valentin Hans, Notthausen. August Frenkel, Kirchhörde. Karl Schuber, Annen II. Robert Stenzel, Kirchhörde. Hans Winkelmann, Zwickau-Militz. Konrad Pfleger, Weichen. Paul Fischer, Weichen I. (2682)

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

Wir empfehlen: 25 Jahre Gewerkschaftsarbeit. Von Paul Umbreit. Preis 1,60 Mk.

Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis. Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch. Herausgegeben von Wlth. Jansson. Preis broschiert 1,20 Mk. Diese beiden Werke sollten in keiner Zahlstellenbibliothek fehlen. Jeder vorwärts strebende Kamerad muss sich die beiden Bücher anschaffen. Bestellungen nehmen unsere Boten und Vertrauensleute entgegen. Bezüglich des Inhalts der Broschüre Jansson verweisen wir noch auf den Artikel in Nr. 1 der "Bergarbeiter-Zeitung".